

Demokratie in der Kirche

Der amerikanische Wissenschaftler und Priester Andrew Greeley schrieb vor einigen Jahren: „Die ersten tausend Jahre lang war die katholische Kirche ganz eindeutig eine Demokratie - die Bischöfe wurden durch den Klerus und das Volk ihrer Diözese gewählt (einschließlich des Bischofs von Rom) . . . Wenn man die Dinge präzise formulieren will, muss man sagen, dass die Kirche theoretisch eine Demokratie war, dass sie zur Zeit keine Demokratie ist, aber wieder eine werden sollte.“

Diesem eindeutigen Bekenntnis zur Demokratisierung der Kirche steht die hartnäckig vertretene Aussage entgegen: „Die Kirche ist keine Demokratie!“ Damit wird ausgedrückt, was zweifelsohne außer Debatte stehen muss, dass die Kirche, weil göttlichen Ursprungs, „hierarchisch“ verfasst ist, und über Evangelium und Glaubenswahrheiten nicht abgestimmt werden kann.

Dieser Verweis, dass die Kirche keine Demokratie ist, wird aber allerdings sehr oft als Vorwand gebraucht, um in vielen anderen Bereichen, wo eine Demokratisierung der Kirche möglich, sinnvoll und sogar dringend geboten wäre, zu verhindern.

Nicht nur bei Bischofsernennungen, sondern auch bei anderen wichtigen kirchlichen Personalentscheidungen sollte m. E. der alte kirchliche Grundsatz gelten, dass niemand von denen in ein kirchliches Amt berufen oder geweiht wird, die man nicht gewollt und erbeten hat (P. Leo der Große).

Andere Bereiche, in denen m. E. mehr Demokratie bzw. Mitbestimmung in der Kirche möglich sind, wären: Liturgie (Auswahl der Lieder, Texte, . . .), Verwaltung, Bauangelegenheiten, Finanzen, . . .

Gerade, was die Verwaltung des Geldes anlangt, gibt es in unserer Diözese erhebliche Demokratisierungsdefizite. Nicht nur, dass die Mitglieder des Diözesankirchenrates „nur“ ernannt und nicht, wie es bei den pfarrlichen Verwaltungsausschüssen geboten ist, gewählt werden; auch sonst wären im Sinne eines kirchlichen Demokratisierungsprozesses mehr Transparenz, Information und Kooperation mit den Betroffenen dringend geboten.

Gläubige und Kirchenbeitragszahler haben derzeit außer (stillem) Protest und (lautlosem) Auszug aus der Kirche kaum Möglichkeiten, der derzeitigen diözesanen „Finanzpolitik“, die das pastorale Engagement der „Seelsorger“ eher hemmt als fördert (Pfarrsekretärregelung), und die Pfarren zugunsten der Zentrale und diverser diözesaner Großprojekte in finanzieller Hinsicht noch mehr als bisher aushungert, wirksam entgegenzutreten.

Wer mehr Demokratie und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Kirche fordert, darf freilich mögliche Nachteile zu weitgehender Mitbestimmung bzw. „Demokratisierung“ nicht übersehen. Wenn schon im weltlichen Bereich gilt, dass die „Demokratie eine Staatsform für Götter“ (Rousseau) ist, dann muss erst recht für den kirchlichen Bereich gelten, dass Mitsprache und Mitentscheidung reife und mündige Christen voraussetzen und untrennbar mit Mitverantwortung verbunden sein müssen.

Weil also auch mehr Demokratie in der Kirche die verschiedensten Egoismen von Einzelnen oder Gruppen nicht von vornherein verhindert und ausschließt, sind demokra-

tisch eingestellte Amtsträger und Gläubige gut beraten, zu sorgen und auch entsprechende Vorkehrungen dafür zu treffen, dass nur die Fähigsten, dem Gemeinwohl verpflichteten und der Kirche loyal gegenüberstehenden Personen in die verschiedenen kirchlichen Gremien gewählt und auf wichtige kirchliche Posten berufen werden.

Die Kirche hat im Lauf ihrer Geschichte nicht nur, was ihre äußere Erscheinung, sondern auch ihre Organisation anlangt, vieles von den alten Griechen, Römern und Germanen übernommen, ohne ihr Wesen zu verändern. Das hat sie - als Kind jeder Zeit - stark und welttauglich gemacht. In einer Welt, die sich zunehmend demokratisch gibt und gebärdet, wird auch die Kirche nicht darauf verzichten können, ihren Mitgliedern eine entsprechende Beteiligung an der Willensbildung und Entscheidung gemeinsamer Fragen zu ermöglichen.

Die Weizer Pfingstvision bringt das Anliegen von mehr Demokratie in der Kirche auf den Punkt: „Entscheidungen sollten nur unter Beteiligung der von der Entscheidung Betroffenen gefällt werden.“

Pfr. Dr. Erich Seifner